

Demonstration und Kundgebung am 22. Januar 2011 in Berlin-Neukölln

„Bundeswehr und Nato raus aus Afghanistan! Gemeinsam gegen Krieg, Besatzung und Rassismus“

Rede von Klaus-Dieter Heiser, Friedenskoordination Berlin/DIE LINKE.Neukölln, vor dem Neuköllner Rathaus

Als vor fast genau einem Jahr die evangelische Bischöfin Margot Käßmann sagte, dass nichts gut sei in Afghanistan, zeichnete sich bereits ab, dass 2010 das blutigste Jahr des Krieges seit 2001 werden würde. Im Krieg in Afghanistan sind im vergangenen Jahr mehr als 10.000 Menschen, vor allem Zivilisten, getötet worden. Die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr am Hindukusch, die am kommenden Freitag im Bundestag beschlossen werden soll, bedeutet die Fortsetzung des Tötens. Wir sagen „Genug getötet in Afghanistan – wir wollen keine weiteren Opfer.“

Sprecher von CDU, FDP, aber auch der SPD erweckten gestern im Bundestag den Eindruck, dass 2011 eine Trendwende in Afghanistan bevorstehe. Die Realität aber ist: Die NATO hat den Krieg eskaliert, die Zahl der Soldaten erhöht und mehrere Offensiven gestartet.

Die so genannte „Abzugsoption“ der NATO ist eine doppelte Mogelpackung, sie ist eine Lüge. Die NATO verkündet minimale Abzugszahlen und will gleichzeitig den Krieg in den nächsten vier Jahren ausweiten. Selbst über das angestrebte Jahr 2014 hinaus sollen laut NATO 50.000 ausländische Soldaten in Afghanistan verbleiben. Es geht um eine dauerhafte Präsenz von ausländischen Soldaten, wie im Irak.

Wenn jetzt von Übergabe gesprochen wird und der Eindruck eines beginnenden Abzugs suggeriert wird, ist das nichts anderes, als eine Beruhigungsspiel für die Bevölkerung in Deutschland, die den Krieg mehrheitlich ablehnt. Die so genannte Exit-Strategie bedeutet noch mindestens vier Jahre Krieg. Denn die NATO will um jeden Preis eine militärische Niederlage in Afghanistan vermeiden, weil das künftig ihre Möglichkeit einschränken würde, weltweit ihre Interessen zu verfolgen. Bundeskanzlerin Merkel hat es selbst gesagt: Die Politik in Afghanistan ist ein Lackmustest für eine handlungsfähige NATO. Mit Afghanistan stehen und fallen die Kriegspolitik und die Existenz der NATO. Das ist der Hauptgrund für die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan, für die Unterstützung des korrupten Regimes in Kabul, für die Akzeptanz der Warlords und des Drogenhandels – gegen die Menschen in Afghanistan, die sich gegen Krieg und Besatzung wehren. Es gibt Junge und Alte, Männer und Frauen, die auf die Straße gehen, die gegen die Besatzungstruppen und gegen die Taliban demonstrieren. Es gibt mutige Leute in Afghanistan, die für ihr Land eine friedliche und demokratische Perspektive, die sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit wollen. Ihnen gehört unsere Solidarität!

Der Bundeswehreinsatz verschlingt mittlerweile über 1 Milliarde Euro im Jahr. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beziffert die Kosten des Afghanistan-Einsatzes sogar weit höher als von der Bundesregierung angegeben und schätzt, dass der Krieg bis 2011 insgesamt bis zu 33 Milliarden Euro gekostet haben wird. Das ist vier- oder fünfmal so viel, wie für die zivile Entwicklung ausgegeben wird. Deshalb ist es eine Lüge, wenn die Bundesregierung erklärt, dass ihr Schwerpunkt auf ziviler Entwicklung liegt. Deutschland macht bei diesem Krieg mit, um auch zukünftig in der Lage zu sein, seine wirtschaftlichen Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Friedensbewegung fordert: Kein Mensch soll für wirtschaftliche Interessen sterben. Die Bundeswehr muss sofort und bedingungslos aus Afghanistan abgezogen werden. Solange die NATO-Truppen im Land sind, wird es keinen Frieden geben. Soldaten schaffen keine

Sicherheit, sondern Unsicherheit und erhöhen den Hass der Bevölkerung. Wiederaufbau und demokratische Entwicklung setzen also den Abzug der ausländischen Truppen voraus.

Auch heute werden weitere Unterschriften für den Appell der Friedensbewegung „Den Krieg in Afghanistan beenden – Zivil helfen!“ gesammelt, der in den letzten Monaten bereits von 66.666 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde. Darin wird von Bundestag und Bundesregierung gefordert: Stopp aller Kampfhandlungen, sofortiger Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan, Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen. „So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance“, heißt es im Appell.“ Die Friedensbewegung bittet Sie: Unterzeichnen Sie den Appell, nehmen Sie die Unterschriftenlisten und sprechen Sie mit Ihren Freunden und Nachbarn darüber, ebenso mit ihren Kolleginnen und Kollegen. Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland lehnen den Krieg in Afghanistan ab – diese Ablehnung braucht Namen und Gesichter, um den Druck auf Bundesregierung und Bundestag zu erhöhen. Nehmen Sie teil an den Aktionen der Friedensbewegung am kommenden Donnerstag um 17 Uhr vom Alex zum Brandenburger Tor und an der Mahnwache am kommenden Freitag ab 8.30 Uhr in am Reichstagsgebäude, wenn die Abgeordneten zur Abstimmung über die Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan gehen.

„Genug getötet in Afghanistan – wir wollen keine weiteren Opfer! Truppen raus aus Afghanistan! Hoch die internationale Solidarität!“